



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 05.12.2025

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 8.12.2025, und Dienstag, 9.12.2025 Fokusthemen: Budget und Steuerfuss

Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montagmorgen nach dem Eintritt eines neuen Ratsmitglieds, der Wahl von zwei neuen Kommissionsmitgliedern und der Behandlung eines Postulats mit Opfern fürsorgerischer Zwangsmassnahmen beschäftigen. Anschliessend stehen die Diskussion über die «Stopp Prämien-Schock»-Initiative, die Genehmigung der langfristigen, strategischen Immobilienplanung LSI 2025 des Immobilienamts und ein dringliches Postulat zum Schreiner Ausbildungszentrum an. Gegen Ende der Vormittagssitzung oder ab Beginn der Nachmittagssitzung beginnt die mehrtägige Budgetdebatte, die den Abschluss des Sitzungsjahres bildet. Die Debatte wird in der kommenden Woche fortgesetzt und dürfte insgesamt rund 12,5 Stunden dauern.

Wassersportnutzung auf dem Greifensee

FDP-Kantonsrätin Monika Keller wünscht sich vom Regierungsrat Informationen darüber, wie eine Nutzung des Greifensees mit nicht motorisierten Wassersportgeräten, namentlich Pedalos und Drachenbooten, ermöglicht werden kann ([KR-Nr. 220/2024](#)). Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen. Weil die Grünen den Vorstoss ablehnen, wird der Kantonsrat erst nach einer Debatte über die Überweisung entscheiden.

Monika Keller (FDP, Greifensee), 044 632 73 73

20 Millionen Franken für Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen

Eine längere Debatte zeichnet sich aufgrund der Thematik zu den Opfern fürsorgerischer Zwangsmassnahmen ab, auch wenn die eigentlichen Entscheide nicht umstritten ist. Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt einstimmig, das dringliche Postulat betreffend «Kantonaler Solidaritätsbeitrag für Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 19/2025](#)) und gleichzeitig, den damit verbundenen Rahmenkredit für Solidaritätsbeiträge für die Opfer zu bewilligen ([6019](#)). Fürsorgerische Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen sind ein dunkles Kapitel der Schweizer Sozialgeschichte. Der Bund zahlt den Opfern unter anderem einen Solidaritätsbeitrag von 25'000 Franken aus. Das Bundesgesetz sieht vor, dass die Kantone freiwillig ebenfalls etwas dazu beitragen können. Die STGK geht mit den Postulantinnen von AL, SP, GLP, Grünen und EVP einig, dass der Kanton in dieser Sache Aufholbedarf hat. Wie der Regierungsrat beantragt sie einen Rahmenkredit von 20 Millionen Franken. Betroffene von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen, die mit dem Kanton Zürich in Verbindung gebracht werden können, sollen damit zusätzlich zum Solidaritätsbeitrag des Bundes einen Solidaritätsbeitrag von weiteren 25'000 Franken erhalten. Die Vorlage schafft Gleichbehandlung von Betroffenen innerhalb des Kantons Zürich. Die Stadt Zürich zahlt Betroffenen von Massnahmen der Stadt bereits seit 2023 einen kommunalen Solidaritätsbeitrag von 25'000 Franken.

Kommissionspräsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

Steigende Prämienlast mit neuen Steuerermässigungen lindern

Ausführlich diskutiert werden dürfte die Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock: Für eine automatische Entlastung bei den Krankenkassenprämien». Mit dieser wird eine Anpassung des

Steuerabzugs für Versicherungsprämien und Zinsen aus Sparkapitalien gefordert. Dessen Höchstbetrag soll nicht mehr anhand des Landesindex der Konsumentenpreise berechnet werden, sondern dem stärker steigenden Krankenversicherungsprämienindex folgen. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt mit 8 zu 7 Stimmen, der Initiative einen Gegenvorschlag entgegenzustellen ([5992](#)). Neben dem Steuerabzug für Versicherungsprämien soll es neu Steuergutschriften geben. Die Volksinitiative lehnt die WAK ab. Eine Minderheit (SVP und FDP) will die Volksinitiative annehmen, eine weitere (SVP, FDP und Mitte) auf den Gegenvorschlag verzichten. SVP-Kantonsrat Tobias Weidmann fordert mit einem kurzfristig eingereichten Antrag, dass der Gegenvorschlag, im Falle eines Rückzugs der Volksinitiative dem obligatorischen statt dem fakultativen Referendum unterstehen soll.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Kommissionsminderheit Annahme der Volksinitiative und Ablehnung des Gegenvorschlages: Paul Mayer (SVP, Marthalen), 078 750 30 74

Antrag obligatorisches Referendum: Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), 079 412 59 66

Langfristige, strategische Immobilienplanung LSI 2024 soll genehmigt werden

Zusammen mit dem Budget und dem Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) befasst sich der Kantonsrat jeweils auch mit der langfristigen, strategischen Immobilienplanung. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Rat einstimmig, die Planung zu genehmigen ([6041](#)). Das Immobilienamt erstellt jährlich eine Planung über die Immobilien des Kantons und seiner öffentlich-rechtlichen Anstalten, einschliesslich der Universität Zürich und der Immobilien der Fonds im Verwaltungsvermögen.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Schliessung des SAZ verhindern

Das Schreiner Ausbildungszentrums Zürich (SAZ) soll vor dem Konkurs gerettet werden. AL-Kantonsrätin Nicole Wyss möchte den Regierungsrat mit einem dringlichen Postulat bitten aufzuzeigen, wie der Kanton den Betrieb des SAZ längerfristig sicherstellen kann ([KR-Nr. 340/2025](#)). Der Regierungsrat bedauert die finanzielle Lage des SAZ, beantragt jedoch, das dringliche Postulat abzulehnen.

Nicole Wyss (AL, Zürich), 079 390 21 46

12,5-stündige Debatte zum Budget 2026 erwartet

Spätestens ab Beginn der Nachmittagssitzung wird sich der Kantonsrat mit dem Budget für das Rechnungsjahr 2026 beschäftigen ([6043](#)). Der Regierungsrat rechnet in seinem Entwurf der Erfolgsrechnung inklusive Nachträgen mit einem Aufwand von 20'399 Millionen Franken und einem Ertrag von 20'274 Millionen Franken beziehungsweise mit einem Saldo von minus 125 Millionen Franken. Dies bei einem Steuerfuss von 98 Prozent. Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat bei einem Steuerfuss von 95 Prozent ([6044](#)) einen Aufwandüberschuss von 314 Millionen Franken und Investitionsausgaben von 1284 Millionen Franken. Gegenüber dem Antrag des Regierungsrates entspricht das in der Erfolgsrechnung einer Verschlechterung um 189 Millionen Franken. Die FIKO empfiehlt das Budget 2026 mit 8 zu 3 Stimmen zur Annahme. Eine Minderheit aus SP und Grünen beantragt dem Kantonsrat, das Budget abzulehnen.

Zur Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2026 und 2027 lagen in der FIKO vier Anträge vor: 93 Prozent (SVP und FDP), 95 Prozent (Die Mitte), 96 Prozent (GLP), 98 Prozent (Regierungsrat). Im finalen Entscheid des mehrstufigen Cup-Verfahrens machte der Mitte-Antrag das Rennen. Er sieht eine Senkung des Steuerfusses von derzeit 98 auf 95 Prozent vor. Der Gegenantrag von SVP und FDP, der eine Reduktion auf 93 Prozent verlangte, wurde mit 6 zu 5 Stimmen abgelehnt. Die unterlegenen Anträge werden von den entsprechenden Parteien als Minderheitsanträge in den Kantonsrat gebracht, wobei der Antrag des Regierungsrates von SP und Grünen gestellt wird.

Der Ablauf der Budgetdebatte ist wie folgt geplant: Zum Auftakt gibt es eine Grundsatzdebatte, in der alle Fraktionen ihre Positionen darlegen können. Anschliessend werden die Anträge gemäss ihrer Reihenfolge in der Vorlage beraten. Einzige Ausnahme bilden die Leistungsgruppen (LG) der Gerichte (ab LG 9030). Diese werden zu Beginn der Dienstagnachmittagssitzung behandelt, bevor der Rat die Beratung dort fortsetzt, wo er sie am Montagabend unterbrochen hat. Die Erklärungen von Kantonsrättinnen und -räten zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) 2026–2029 werden ebenfalls Teil der Budgetdebatte sein. Wo möglich, werden die KEF-Erklärungen gemeinsam mit den Budgetanträgen zur jeweiligen LG beraten. Nach der Sitzung vom Dienstagabend wird die Budgetdebatte am Montag, 15.12.2025 fortgesetzt. Bevor der Rat in der Schlussabstimmung definitiv über das Budget beschliesst, wird noch der Steuerfuss festgesetzt und die Fraktionspräsidiens halten in der «Elefantenrunde» ihr Schlusswort.

FIKO-Präsident: Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), 079 700 22 21
Minderheit SVP und FDP: Marc Bochsler (SVP, Wetzwil a.A.) 079 742 96 41 und
Philipp Müller (FDP, Dietikon) 079 612 12 08
Minderheit SP und Grüne: Tobias Langenegger (SP, Zürich), 079 274 09 50 und
Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich), 076 589 01 58
Minderheit GLP: Ronald Alder (GLP, Ottenbach), 079 800 33 80

Personelles:

Zu Beginn der Sitzung steht der Eintritt eines neuen Mitglieds des Kantonsrates an. Als Nachfolgerin von Harry Brandenberger wird die 44-jährige Projektmanagerin und IT-Beraterin Advije Delihasani (SP, Wetzikon) ihr Amtsgelübde leisten ([KR-Nr. 370/2025](#)). Anschliessend müssen noch zwei neue Mitglied der WAK gewählt werden. Die Interfraktionelle Konferenz (IFK) schlägt vor, dass Advije Delihasani auch Harry Brandenbergers Sitz in der Kommission erben soll ([KR-Nr. 356/2025](#)). Und Mario Senn (FDP, Adliswil) soll Christian Müller ersetzen ([KR-Nr. 371/2025](#)). Die Wahlvorschläge sind unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden.
Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Beat Habegger, Kantonsratspräsident, 076 383 82 35
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12